

CDU wettert gegen Radikalenerlass-Ausstellung

Parteispitze findet das Rathaus als Schauplatz unangebracht, die Stadtverwaltung hält es dagegen für überaus geeignet

Von Rainer Breda

Hildesheim. Im Rathaus ist ab heute Nachmittag die Ausstellung „Vergessene Geschichte – Berufsverbote“ zu sehen, die den Radikalenerlass thematisiert. Dessen Aufarbeitung findet auch der CDU-Stadtverband nach eigenen Worten „richtig und wichtig“. Aber bitte nicht im Rathaus, monieren die Christdemokraten, die sich „irritiert“ zeigen.

Die Kritik der CDU entzündet sich an den Initiatoren der Ausstellung. Die ist von der „Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote“ erstellt worden, nach Hildesheim sind die 18

Schautafeln von den Gewerkschaften DGB, IG BCE, GEW und Verdi geholt worden.

Die Liste weckt bei der CDU den „begründeten Verdacht“, dass es sich um eine „latent tendenziöse Ausstellung“ handle. Das sei zwar legitim, räumt die Parteispitze ein. Aber die Schau im Rathaus zu zeigen, einem „politisch neutralen Ort“, findet die CDU-Führung unangebracht. Zumal man den historischen Zusammenhang sehen müsse, findet der stellvertretende Parteichef Mirco Weiß: „Dass der Staat keine Beamten beschäftigen konnte, die zu radikalen Weltanschauungen neigten, ist

doch nachzuvollziehen“. Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst verlange ein Bekenntnis zur Verfassung, meint CDU-Vorsitzender Frank Wodsack. „Das war damals nicht anders als heute“. Außerdem gebe es keine verlässlichen Zahlen, wie viele Betroffene zu Unrecht mit einem Berufsverbot belegt worden seien. Allerdings sollten jene, für die das gilt, voll rehabilitiert werden, fordert Weiß. Auch solle die CDU auf Landesebene konstruktiv an einer Aufarbeitung mitarbeiten. Die Landtagsfraktion hatte sich 2016 gegen den Wunsch der rot-grünen Landesregierung ausgesprochen, die Folgen des Radika-

lenerlasses von einer Beauftragten aufarbeiten zu lassen. Das Kabinett betraute mit dieser Aufgabe die frühere SPD-Landtagsabgeordnete Jutta Rübke aus Hildesheim.

Die wunderte sich am Dienstag, dass die CDU erst einen Tag vor der Eröffnung bemerkt, dass die Ausstellung stattfindet: „Kein anderer Ort als das neutrale Rathaus ist dafür geeignet.“ Auch in der Verwaltung kann die CDU mit ihrer Kritik nicht landen. Dass das Rathaus ein neutraler Ort sei, stehe nicht im Widerspruch zur Ausstellung, die zur kritischen Auseinandersetzung mit einem wichtigen zeitgeschichtlichen

Thema anrege, sagte Sprecher Helge Miethe. Im Gegenteil: Da es um Berufsverbote im öffentlichen Dienst gehe und das Rathaus jedem offen stehe, sei es überaus geeignet. Das schließe kontroverse inhaltliche Diskussionen nicht aus, sondern lade gerade dazu ein. Widerspruch erhält die CDU auch aus den eigenen Reihen. Niedersachsen sei das einzige Bundesland, das diese Phase kritisch reflektiere, sagt Dirk Bettels, Chef der CDU-Stadtmitte und Ortsbürgermeister: „Ich finde diese Positionierung loblich.“ Format und Ort der Ausstellung eigneten sich nicht zur Skandalisierung.